

*Thomas Mößle*

## **Gewaltprävention im Bereich „Gewalt und Medien“**

Welche Rahmenbedingungen auf kommunaler, auf der Ebene des Bundes und der Länder und welche Strukturen der Vernetzung und Kooperation auf diesen Ebenen zwischen Wissenschaft, Praxis, Verwaltung und Politik sollten das Fundament künftiger, im Sinne gewaltfreien Handelns nachhaltiger und effektiver Gewaltprävention im Bereich „Gewalt und Medien“ bilden und warum?

In der Arbeitsgruppe 8 Gewalt und Medien (Christa Gebel, Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis; Gerd Engels, Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz; Birgit Goehlnich, Ständige Vertreterin der OLJB bei der FSK; Holger Herzog Jugendschutz.net; Thomas Mößle, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen) wurden auf der Tagung „25 Jahre Gewaltprävention im vereinten Deutschland – Bestandsaufnahme und Perspektiven“ als Endergebnis folgende fünf Forderungen formuliert:

1. Kinder- und Jugendmedienschutz muss der Konvergenz der Mediensysteme und den technischen Entwicklungen, insbesondere im Onlinebereich, besser Rechnung tragen und für Eltern, Pädagogen, Erzieher und Fachkräfte transparent und nachvollziehbar sein.
2. Gewaltprävention im Bereich der Medien muss in bestehende Strukturen der Jugendhilfe, Elternbildung, schulischen und außerschulischen Jugendbildung, Elementarerziehung sowie Aus- und Weiterbildung von Fachkräften integriert und gefördert werden. Inhaltliche Synergien sind dabei zu berücksichtigen.
3. Die Politik muss Rahmenbedingungen schaffen, Medienproduzenten und -anbieter, Hersteller von Hardware und Betriebssystemen sowie Plattformbetreiber in die Pflicht nehmen zu können, zu einer effektiven Gewaltprävention im Bereich Medien beizutragen. Hier-

- zu zählen z. B. Safety by Design oder kinderorientierte Sicherheitseinstellungen.
4. Die Vernetzung und Kooperation der verschiedenen Anbieter gewaltpräventiver Programme vor Ort müssen durch die Kommunen gewährleistet werden. Diese müssen dabei gefördert werden.
  5. Auf allen Ebenen (Bund, Länder, Kommunen) sind nicht nur Modellprojekte zu fördern, sondern für die Verstetigung von Präventionsprojekten zu sorgen. Besonders geeignet erscheinen uns hierbei ressourcenorientierte Programme, welche nicht nur an spezifischen Medienphänomenen ansetzen.